

MISSTRAUENSANTRAG

gem. § 55 GOG-NR

der Abgeordneten KO Herbert Kickl, Dr. Susanne Fürst, Michael Schnedlitz und weiterer Abgeordneter

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber der Bundesregierung und den Staatssekretären

eingebracht in der 156. Sitzung des Nationalrates am 18. Mai 2022 im Zuge der Debatte zu den Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates.

Die erwartbaren und notwendigen, aber für Bundeskanzler Karl Nehammer scheinbar dennoch überraschenden, Rücktritte von Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck und Tourismus- und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger ziehen eine weitere Regierungsumbildung nach sich. Statt dem Vorbild ihrer Kolleginnen zu folgen, klammern sich die Minister und Staatssekretäre von ÖVP und Grüne an ihre Posten.

Die neuen Regierungsmitglieder markieren einen zu hinterfragenden Rekord an Neuangelobungen. Tatsächlich haben sich in Folge der Einführung einer Impfpflicht, der sich immer weiterdrehenden Inflationsspirale und den steten Debatten über die Neutralität, um von diversen ÖVP-Skandalen abzulenken, die politischen Parameter derart verschoben, dass der Nationalrat in seiner aktuellen Zusammensetzung den Willen des Souveräns nicht mehr repräsentiert.

Die Liste an Krisen und vertagten Problemen wird indes immer länger:

1. Corona-Chaos: Gesundheit vor Freiheit

Nach Beginn der Corona-Krise im Frühjahr 2020 sahen sich die Österreicherinnen und Österreicher mit Einschränkungen ihrer Grund- und Freiheitsrechte konfrontiert: Lockdowns, Ausgangssperren, Demonstrationsverbote, Kontaktbeschränkungen, Maskenpflicht, Zutrittsbeschränkungen, Testpflicht und die Impfpflicht waren jene Instrumente, die von der Bundesregierung in Stellung gebracht werden, um das Land – eigenen Angaben zufolge – sicher durch die Pandemie zu bringen.

Das Ergebnis sieht leider anders aus: Die Maßnahmen bewirkten einen nachhaltigen Schaden für die heimische Wirtschaft. Die Zahl der Menschen in Arbeitslosigkeit und

Kurzarbeit stieg zwischenzeitlich sogar auf knapp eine Million an. Firmenpleiten und zerstörte Existenzen von Klein- und Mittelunternehmern stehen seither an der Tagesordnung. Die gesundheitlichen Kollateralschäden in Folge der Corona-Politik der türkis-grünen Bundesregierung sind noch immer nicht abschätzbar.

Als Propagandist einer finsternen Angstrhetorik tat sich der nunmehrige Bundeskanzler Karl Nehammer hervor. „Wer sich jedoch vorsätzlich nicht an die Maßnahmen hält, wird zum Lebensgefährder“, behauptete er in spalterischer Manier, bevor er dieses Sinnbild entlarvend erweiterte: „Wir sind sozusagen die Flex, die Trennscheibe für die Gesundheitsbehörden, um die Infektionskette rasch zu durchbrechen“. Wer die Spaltung der Gesellschaft forcieren wollte, war somit klar.

Freiheit und Gesundheit sollen nicht länger, wann immer es politisch opportun ist, gegeneinander ausgespielt werden. Angst und Zwang müssen durch Freiheit und Eigenverantwortung ersetzt werden. Es gilt die Spaltung der Gesellschaft und das Gegeneinander, in das die Menschen von der Bundesregierung hineinmanövriert wurden, zu beenden. Es wird Zeit für Hoffnung und Zuversicht.

2. Teuerung: Kostenlawine ohne Aussicht auf Entlastung

Mit ihrer Untätigkeit im Kampf gegen die Teuerung hat die schwarz-grüne Bundesregierung eine soziale Krise von ungeahntem Ausmaß angefacht. Die Teuerung hat im April einen Wert von über 7 Prozent erreicht. Derartige Inflationsraten hat Österreich seit rund 40 Jahren nicht mehr gesehen.

Die Inflation schlägt dabei vor allem bei jenen Gütern zu, die für die Bürger unverzichtbar sind. Hauptbetroffen sind die Bereiche Verkehr und Wohnen, beide vor allem getrieben durch explodierende Energiepreise sowohl für Treibstoff als auch für Strom und Gas. Die Teuerung macht sich jedoch auch in vielen anderen Bereichen – etwa bei Nahrungsmitteln – bemerkbar und wird dort durch die gestiegenen Kosten für Produktion und Transport von Gütern weiter anwachsen.

Der größte Profiteur der Teuerung ist der Staat. Durch die Mehrwertsteuer schneidet der Finanzminister bei jeder Preissteigerung kräftig mit. Der Regierung kommt die Inflation gar nicht ungelegen, hat sie den Staat doch in den letzten beiden Jahren massiv neu verschuldet, indem sie milliardenschwere Hilfspakete für die Kosten völlig unwirksamer Lockdowns geschnürt hat, anstatt die Unternehmer und Arbeitnehmer weiter arbeiten zu lassen.

Anstatt endlich gegenzusteuern, facht die schwarz-grüne Regierung die Teuerung durch die sogenannte „ökosoziale“ Steuerreform weiter an. Die beschlossene CO2-Abgabe soll im Juli in Kraft treten und wird Benzin und Diesel um weitere knapp 10 Cent pro Liter teurer machen. Trotz der explodierenden Preise halten vor allem die Grünen eisern an diesem Anschlag auf die Brieftaschen der Österreicher fest, der in den folgenden Jahren sogar noch ausgeweitet werden soll.

Massiv angefacht wird die Teuerung durch den Krieg in der Ukraine. Anstatt alle Kraft für einen Stopp der Kampfhandlungen und eine Verhandlungslösung einzusetzen, heizen die europäischen – und auch die österreichischen – Spitzenpolitiker die Eskalation durch immer härtere Sanktionen gegen Russland weiter an. Sie ignorieren dabei ihre Verantwortung für die eigenen Bürger, die unter den Sanktionen ebenfalls zu leiden haben. Ein Stopp des Imports von russischem Gas und Öl würde der Kostenlawine weitere Nahrung geben.

3. Neutralität: EU-Anhängselpolitik statt Äquidistanz

Die österreichische Neutralität wurde am 26. Oktober 1955 in einem eigenen Bundesverfassungsgesetz beschlossen. In diesem Gesetz erklärt Österreich seine immerwährende Neutralität und verpflichtet sich zur Aufrechterhaltung und Verteidigung dieser Neutralität. Es ist daher nicht in Stein gemeißelt, dass Österreich als Konsequenz des ukrainisch-russischen Krieges mit einer Kostenexplosion, hoher Arbeitslosigkeit und geschwächter Wirtschaft überbleibt. Mit einer konsequenten Neutralitätspolitik, ohne diese heimlich in Frage zu stellen, wäre das nicht notwendigerweise der Fall. Das sehen auch die Österreicherinnen und Österreicher so. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Landesverteidigung, durchgeführt Anfang März 2022, zeigt eindeutig, dass die Neutralität Zustimmungsrekorde erfährt: 83 % sind für deren Beibehaltung!

Wird Österreich dank des ungeschickten außenpolitischen Agierens seiner Vertreter – insbesondere von Bundeskanzler Nehammer und Außenminister Schallenberg – von den Konfliktparteien nicht länger als neutraler Staat wahrgenommen, kann das im Falle einer Ausweitung des Konflikts weitere verehrende Folgen für die Österreicherinnen und Österreicher haben. Die Bundesregierung muss sich daher endlich im Sinne der immerwährenden Neutralität – eine Errungenschaft, auf die Österreich zurecht stolz war – verhalten. Statt diese immer weiter zu untergraben, muss die Bundesregierung jetzt konkrete Schritte setzen, um die Neutralität, die uns bereits abgesprochen zu werden droht, wieder herzustellen.

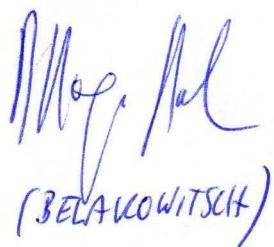
Es gilt daher im Sinne des freiheitlichen 5-Punkte-Plans zum Schutz der Neutralität Österreich als Plattform für Dialog zu etablieren, die heimische Wirtschaft nicht zu politisieren und unter Druck zu setzen, eine No-Transport-Zone für Kriegsgerät einzurichten, mehr Geld für die Landesverteidigung aufzuwenden und die EU-Anhängselpolitik, die mit immer neuen Sanktionen die Teuerung maßgeblich befeuert, zu beenden.

Die unternommenen Abgeordneten stellen daher folgenden

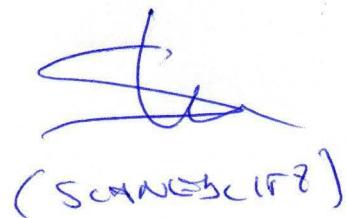
Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

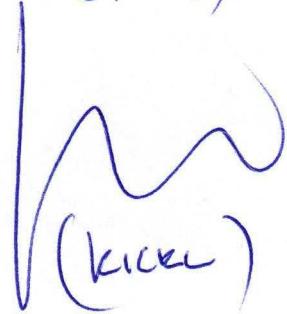
„Der Bundesregierung und den Staatssekretären wird gemäß Art. 74 Abs. 1 iVm Art. 78 Abs. 2 B-VG durch ausdrückliche Entschließung des Nationalrats das Vertrauen versagt.“


(BELAKOWITSCH)


FORST


(SCHANZER)


(RIES)


(KIKER)

